

**Ethik** Deutsche Firmen machen Geschäfte in Myanmar und unterstützen so das Militärregime.

## Hilfe für die Junta

● Zweieinhalb Jahrzehnte lang herrschte General Ne Win über Burma, das heutige Myanmar. Er ließ Gegner verfolgen, und Studenten, die aufbegehren, wurden niedergeschossen.

Deutschland unterhielt trotzdem beste Beziehungen zu ihm. Im Kalten Krieg buhlte die Bundesregierung um das blockfreie Land: Nicht nur Maschinenpistolen und Gewehre lieferte man, sogar Rüstungsbetriebe entstanden mithilfe der staatlichen Waffenfirma Fritz Werner in Myanmar.

Ne Win ließ 1971 im Gegenzug ein »Birmanisches Teehaus« am Rhein bei Wies-

sehen sind myanmarische Soldaten, die mit G3-Gewehren auf Demonstrantinnen und Demonstranten zielen. In Deutschland entwickelte Maschinengewehrtypen sind auf Militärlastern montiert, die durch die Straßen Yangons rollen.

In Myanmar könne man nicht business as usual machen, sondern müsse bedenken, dass sich das Militär tief in die Politik und Wirtschaft »eingebettet« habe, sagt eine Sprecherin von Justice for Myanmar, einer Gruppe von Aktivisten, die Beweise für den Machtmissbrauch des myanmarischen Militärs sammelt.



**Militärparade in der Hauptstadt Naypyidaw im März:** Schießen mit deutscher Technik

baden bauen, das heute noch steht – der Dank eines Diktators an Deutschland. Und ein Symbol dafür, wie unbeirrt die Deutschen in dem asiatischen Land Geschäfte betrieben und dies bis heute tun.

Zwar ist Ne Win seit 2002 tot, die Generäle sind in Myanmar aber immer noch an der Macht. Erst im Februar haben sie die De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi aus dem Amt geputscht. Proteste schlägt die Junta seither brutal nieder. Bei den Angriffen auf das Volk kommen noch immer jene Waffen zum Einsatz, die Deutschland einst an Ne Win lieferte oder die in Lizenz dort produziert wurden. Greenpeace hat dazu Fotos von Protesten der vergangenen Wochen ausgewertet. Zu

Deutsche Firmen scheinen sich daran nicht groß zu stören. Insbesondere nachdem die Junta das Land 2011 zaghaft öffnete, strömten Unternehmer nach Myanmar: Banken, Anwaltsfirmen, Textilhersteller. Gefeierte wurde die vermeintliche Entspannung natürlich auch: Mitarbeiter der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung richteten seit 2014 Oktoberfeste in Yangon aus. Sponsor des jährlichen Trinkgelages war die dem Militär zugerechnete Dagon-Brauerei, deren Mitarbeiter auch gleich das Bier zapften. Mitorganisiert wurden die Feste vom örtlichen Direktor der Skandalfirma Wirecard.

Die Deutsche Post gründete bereits vor 25 Jahren, als gerade wieder eine Verhaftungswelle durchs Land rollte, die Myan-

mar DHL Limited – gemeinsam mit dem Postministerium von Myanmar. Man sehe es als »Verantwortung«, dazu beizutragen, dass die Myanmarer am globalen Handel teilnehmen könnten, heißt es in Bonn. Auf die Frage, inwieweit die Junta von der gemeinsamen Firma profitiere, geht die Deutsche Post nicht ein. Laut Verträgen hält Myanmar 51 Prozent an der Firma. Chris Sidoti, einer der Leiter der UN-Fact-finding-Mission in Myanmar, erinnert daran, dass die UN 2018 von solchen Joint Ventures strikt abgeraten hat. »Gelingt der Putsch, geraten diese Firmen unter völlige Militärkontrolle.«

Den Aufschwung des Landes förderte auch die staatliche KfW-Bankengruppe in Frankfurt. 30 Millionen US-Dollar wurden etwa dem Unternehmen Irrawaddy Green Towers (IGT) zur Verfügung gestellt, das Mobilfunkmasten baut. IGT und seine Vertragspartner seien »sorgfältig geprüft worden«, so die KfW.

Tatsächlich handelt es sich bei den Vertragspartnern um Telekommunikationsfirmen, die dem Staat gehören oder dem Militär zugerechnet werden. Die Telekommunikation könnte nun von der Junta genutzt werden, um über Daten Jagd auf Demonstranten zu machen, befürchten Oppositionelle. Bereits 2017 sollen Scharfschützen von IGT-Masten herab auf Demonstranten geschossen haben. Mobilfunkmasten ließen sich »nur bedingt« vor Zweckentfremdung schützen, sagt die KfW.

Das myanmarische Militärregime bekommt auch ganz direkte Hilfe aus Deutschland: So wird die Desinformations- und Propagandawebsite des Militärs, dsinfo.org, vom Gunzenhausener Webhostingunternehmen Hetzner unterstützt, das dafür den Speicherplatz bereitstellt. Hetzner ließ wissen, dass die entsprechende IP-Adresse einem »Kunden von uns zugeordnet ist«, man aber trotz »Prüfmechanismen« meist »keine Kenntnisse« über die Klienten habe.

Der Elektronikkonzern Rohde & Schwarz, so der Vorwurf von Justice for Myanmar, liefere Software zur Kommunikationsverschlüsselung auch an das myanmarische Militär. Die Frage, ob der Export von der Bundesregierung genehmigt wurde, wollte unter Verweis auf Betriebsgeheimnisse weder die Firma noch das Wirtschaftsministerium beantworten.

Angesichts des brutalen Vorgehens des Militärs scheinen manche Firmen das Verhältnis von Moral und Profit neu zu justieren. Der Oberpfälzer Brauereiausrüster Krones etwa zog sich bereits 2017 aus Myanmar zurück. Solange die Besitzstrukturen bei Brauereien wie Dagon nicht »ethisch einwandfrei« seien, werde man mit diesen Unternehmen »keine Geschäfte mehr tätigen«. Nils Klawitter